

Donnerstag, 27. August 2009

[OSTSEE-ZEITUNG.DE](http://www.ostsee-zeitung.de)

/OZ/LOKAL/HRO vom 27.08.2009 00:00

## Hartz IV: Stadt drohen höhere Kosten



95 Prozent der Wohnhäuser wurden seit 1991 modernisiert. Sie tragen zum positiven Urteil über die städtebauliche Entwicklung bei.

Foto: Hartmut Klonowski

### **Steigende Unterkunftskosten machen die Plattenbauviertel für die Stadt teuer. Problemviertel sind sie dennoch nicht.**

**Stadtmitte** Unabhängig voneinander warnten der Bundestagsabgeordnete Christian Ahrendt (FDP) und Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag, vor einer zusätzlichen Haushaltsbelastung der Kommunen: Ab 2010 soll der Bundeszuschuss für die Unterkunftskosten von Langzeitarbeitslosen von 26,1 auf 23,2 Prozent sinken. Nach Angaben des deutschen Städtetages kämen auf die Kommunen Mehrbelastungen von zwei Milliarden Euro zu. Fast unbemerkt seien diese Kosten bisher geblieben, obwohl auch Mecklenburg-Vorpommern hart getroffen werde: 13 Prozent Arbeitslose gebe es im Land, das seien deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt.

Auch Rostock ist von dieser Entwicklung betroffen. Auskunft über die Höhe der Mehrbelastung konnte die Stadt bisher nicht geben, aber die Arbeitslosenquote ist mit 13,7 Prozent hoch, der Bedarf an Unterkunftskosten demnach groß. Wie der marode Haushalt die zusätzlichen Ausgaben stemmen wird, ist fraglich.

Die meisten arbeitslosen Rostocker leben in den Plattenbaugebieten. 2007 waren 19,6 Prozent der Dierkower Einwohner arbeitslos gemeldet, in Groß Klein und Schmarl rund 17 Prozent, in Toitenwinkel knapp 16. Trotzdem verwehrt sich Bausenator Holger Matthäus dem Vorurteil, diese Gebiete seien Problemviertel. „Rostock hat frühzeitig alles Mögliche unternommen, um sozialen Problemen entgegenzuwirken“, so Matthäus. Scheinbar mit Erfolg, denn statistische Erhebungen zeigen, dass sich die Wohnsituation auch in diesen Vierteln verbessert. „95 Prozent aller Wohnungen sind inzwischen modernisiert“, erzählt Norbert Kröger, Abteilungsleiter Wohnungswesen und -förderung beim Bauamt Rostock. Hinzu kämen großflächige Grünanlagen und der Rückbau der monotonen Hochhaussiedlungen, die zur optischen Aufwertung beitragen.

Die Zufriedenheit der Anwohner über kulturelle und soziale Einrichtungen steigt stetig.

Trotzdem gebe es noch immer Familien mit sozialen Problemen, die durch öffentliche Einrichtungen aufgefangen werden müssten, meint Wolfgang Müller (SPD), Vorsitzender des Ortsbeirats Dierkow-Neu.

„Zwar haben wir bereits ein funktionierendes Netz verschiedener Anlaufstellen, trotzdem brauchen wir immer wieder die Unterstützung der Stadt“, so Müller. Fragt sich, ob die Stadt in Zukunft diese Unterstützung noch leisten kann.

„Diese Änderung trifft die Kommunen zum falschen Zeitpunkt“, meint Ahrendt. Grund für die sinkende Beteiligung des Bundes ist eine neue Berechnungsformel, die schon im Vorjahr festgelegt wurde. Die Zuschüsse richten sich danach an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften aus. Berechnungsgrundlage ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Sommer 2008. Durch die Wirtschaftskrise ist diese jedoch stark gestiegen. Ahrendt befürchtet, dass die Kommunen das Problem nicht alleine bewältigen können.

CHRISTINA SCHMIDT

Dieser Beitrag wurde bisher 262 mal aufgerufen - zuletzt am 27.08.2009 um 11:31.